



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
03.04.2024

Dienstleister melden im Branchenvergleich beste Geschäftslage

BIHK-Umfrage zeigt deutlich bessere Stimmung als in Industrie, Handel, Bau und Tourismus

München – Vom Stimmungstief in der bayerischen Wirtschaft setzt sich derzeit allein der Dienstleistungsbereich ab, so eine Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). „Während Industrie, Handel, Bau und teilweise der Tourismus nah am Krisenmodus unterwegs sind, meldet der Dienstleistungssektor eine gute Geschäftslage“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. Der Saldo aus den Anteilen guter und schlechter Lageurteile liegt bei den Dienstleistern bei 31 Punkten, in der Gesamtwirtschaft dagegen nur bei 16 Punkten.

Innerhalb des Sektors zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Die mit Abstand beste Stimmung herrscht bei unternehmensbezogenen Dienstleistern wie Rechts- und Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern (84 Punkte). Auch bei IT-Dienstleistern und Ingenieurbüros (jeweils 50 Saldenpunkte), Finanz- und Versicherungsinstituten (45 Punkte) und Unternehmensberatern (40 Punkte) ist die Geschäftslage überdurchschnittlich gut. Die personenbezogenen Dienstleistungen (11 Punkte) und die Verkehrs- und Logistikbranche (3 Punkte) sind dagegen die Schlusslichter mit Werten unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Wegen der gut laufenden Geschäfte planen insbesondere die Kanzleien der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Anwälte, die IT-Dienstleister, Ingenieurbüros und Unternehmensberatungen einen spürbaren Personalaufbau.

Der BIHK sieht in den Daten Licht und Schatten: Einerseits spielen Dienstleistungen in allen entwickelten Volkswirtschaften eine immer größere Rolle. Sie stehen auch in Bayern schon für rund 55 Prozent der Bruttowertschöpfung (ohne Handel und Tourismus). Gößl merkt andererseits an, dass die gute Lage bei unternehmensnahen Dienstleistern nicht allein mit Digitalisierung, neuen Geschäftsprozessen und höherer Produktivität zu tun habe, sondern auch mit der überbordenden Bürokratie: „Immer neue Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten und immer komplexere Steuer- und Planungsvorschriften potenzieren den Bedarf an Beratungsdienstleistungen. Gesamtwirtschaftlich gesehen sollten Unternehmen diese Aufwendungen stattdessen in ihr Kerngeschäft und in mehr Innovation und Effizienz investieren können. Der Bürokratieabbau bleibt auch aus dieser Sicht eine dringende Pflichtaufgabe für die Politik“, sagt Gößl.